

II-3829 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1985 /J

1991 -11- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten Motter, Mag. Praxmarer, Mag. Haupt, Haller
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend: Management- und Technologiezentrum Innsbruck (MTZ-
Innsbruck)

Im Zuge der Diskussion um den Neubau der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leopold Franzens Universität Innsbruck auf dem Fenneraral wurde auch die Idee eines "Zentrums für permanente Weiterbildung" geboren. Dieses Zentrum für permanente Weiterbildung sollte als zentrale Fortbildungsinstitution für den Führungsnachwuchs aus dem gesamten Bereich der Wirtschaft, Verwaltung und Politik in Westösterreich und Südtirol dienen. Angeschlossen an die neue sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät sollte es sowohl den Output dieses Wissenschaftszweiges stärken, als auch das Image von Innsbruck als international relevantem Ausbildungszentrum heben. In einem Strategiepapier der Universität Innsbruck vom Juni 1991 wurden diese Ziele unter dem Namen "Management- und Technologiezentrum" (MTZ) Innsbruck neu strukturiert. Das Strategiepapier umfaßt in 3 Kapiteln Leitbild, institutionellen Rahmen, operative Aspekte und Finanzierungsplan. Obwohl das Anforderungsprofil davon ausgeht, daß eine "... strikt privatwirtschaftliche Ausrichtung der Dienstleistungserstellung durch den institutionellen Rahmen nach außen signalisiert und nach innen realisiert werden soll", weicht die Ausführung davon erheblich ab. So wird die Besitzgesellschaft in relativ umständlicher Weise als rein sozialpartnerschaftlich zusammengesetzter gemeinnütziger Verein (MTZ-Verein) konstruiert, wobei neben dem Land Tirol lediglich die verschiedenen Berufsvertretungen miteingebunden sind.

Dieser Verein soll den Kauf und die Bereitstellung der Räumlichkeiten für das MTZ-Innsbruck vornehmen. Als Betriebsgesellschaft ist eine sogenannte MTZ-Innsbruck Ges.m.b.H. vorgesehen, die von ihrer Ausrichtung her ebenfalls sozialpartnerschaftlich dominiert ist. Als Vorteile gegenüber einer sich anbietenden Aktiengesellschaftsform für diesen Bereich, wird neben dem geringen Gründungsaufwand, vor allem die Nichtbeachtung spezifischer Formvorschriften, wie Rechnungsprüfung und Veröffentlichungspflicht, angeführt. Die Bau- und Raumkosten betragen 67,5 Millionen Schilling, wobei der vierstufige Phasenplan eine Realisierung bis 1. 10. 1996 vorsieht. Obwohl die Mitarbeiter an diesem Konzept im Anforderungsprofil die Minimierung des parteipolitischen Einflusses bei Errichtung und Betrieb postulieren, widerspricht bereits das Konzept dieser Aufgabenstellung. So sind neben dem bereits angeführten sozialpartnerschaftlichen Einfluß alle fünf Mitarbeiter des Konzeptes entweder ÖVP-Mitglieder bzw. exponierte ÖVP-nahe Wissenschaftler.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e

1. Welche Haltung nimmt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung grundsätzlich zum Projekt "Management- und Technologiezentrum Innsbruck" ein?
2. Ist dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bekannt, ob auch in anderen Universitätsstädten solche Management- und Technologiezentren geplant sind?
3. Welche rechtliche und institutionelle Einbindung wird das Management- und Technologiezentrum in die Universitätsorganisation Innsbruck erhalten?

4. Wird sich das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung an der Gründung bzw. dem Betrieb beteiligen und wenn ja, mit welchen laufenden Beträgen?
5. Teilen Sie die Meinung, daß die sozialpartnerschaftliche Dominanz in der Errichtungs- und Betriebsgesellschaft dem heutigen Stand einer privatwirtschaftlich geführten Einrichtung widerspricht bzw. wenn Sie sie nicht teilen, was spricht gerade für diese Konstruktion aus ihrer Sicht?
6. Wer hat das Wissenschaftsteam Univ.Prof.Dr. Gantner, Univ.Prof.Dr. Lehmann, Univ.Prof.Nationalratsabgeordneter Dr. Dieter Lukesch und Univ.Doiz Hörnler mit der Erstellung des Projektes beauftragt?
7. Welche Kosten sind durch die Projektierung der Republik Österreich bis zum heutigen Tage erwachsen?
8. Welche Honorare haben die einzelnen Mitarbeiter für die Projektstudie erhalten?
9. Teilen Sie die Meinung, daß es aus verfassungsrechtlicher und demokratiepolitischer Sicht bedenklich ist, wenn ein ÖVP-Abgeordneter, wie Nationalrat Univ.Prof.Dr. Dieter Lukesch, der die Universitätsverwaltung als Parlamentarier eigentlich kontrollieren sollten, selbst innerhalb der Universitätsverwaltung eine Studie erarbeitet und somit gegen die Gewaltenteilung verstößt?